



## HH-Rede 2022 der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Olsberg

---

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister!**

**Sehr geehrte Anwesende!**

Der Haushaltsplan ist das Zahlenwerk für die Zukunftsplanung unserer Stadt. Die, im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgten Hilfestellungen seitens der Verwaltung, haben wir gerne angenommen. Hierfür ein herzliches Dankeschön meiner Fraktion.

Maßgeblich für die wirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt ist der Ergebnishaushalt. Demnach schließt das Jahr 2022 mit einem negativen Ergebnis von 729 T € ab. Um einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wird ein Teil der Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen. In 2023 und 2024 erhöhen sich nach den jetzigen Planungen die Defizite um weitere 2,7 Mio. € und verzehren somit einen erklecklichen Teil der Rücklage. Erst ab 2025 ist eine leichte Entspannung in Sicht. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und werden zum Teil nachfolgend noch näher beleuchtet. Zu beachten ist jedoch: „Ausgaben für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen sowie für die Digitalisierung, die mit zu den größten Zukunftsaufgaben unserer Stadt gehören werden, sind nicht mal ansatzweise in der hierfür erforderlichen Höhe in diesem Planwerk abgebildet!“

Die Gewerbesteuererinnahmen sind trotz der Coronapandemie auf einem recht hohen Niveau. Dies zeigt: Olsberg ist durch den ersten Teil der Pandemie ganz gut durchgekommen und der Blick auf den Haushaltsplan für die kommenden Jahre, stellt sich zunächst einmal recht positiv dar.

Aber: Dieser Haushalt ist wahrlich kein „grüner Haushalt“.

Unsere Fraktion sieht nur wenige Punkte, die dem Auftrag folgen, gerade der jüngeren Generation, eine klimagerechte und nachhaltige Zukunft zu erhalten und zu schaffen. Genau dies sehen wir als unsere Aufgabe an und werden Sie Herr Bürgermeister immer wieder daran erinnern und in die Pflicht nehmen.

Die im Haushaltsplan aufgeführten Zahlen sind rechnerisch sicher in Ordnung und es gibt auch ein paar wenige Ansätze, die mir Mut machen.

Die folgenden von uns im Lauf der letzten Monate, respektive Jahre gestellten Anträge werden nach und nach aufgegriffen und beraten.

Fast ein Jahr nach Eingang bei der Verwaltung, stand am vergangenen Donnerstag unser Antrag „Anpassung der Baurichtlinien und Flächennutzungspläne an die BauGB-Novelle aus dem Jahr 2011, im Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel“, im Ausschuss Planen/Bauen auf der Tagesordnung und wurde zur weiteren Beratung an die Fraktionen überwiesen.

Der gleichzeitig hiermit gestellte Auftrag an die Verwaltung, Möglichkeiten einer tlw. Entsiegelung von Flächen in unserer Innenstadt zu überprüfen, um die dort entstandenen „Hitzeinseln“ zu minimieren, wurde bisher ignoriert. Ich beantrage daher, diesen Punkt zusätzlich in die weiteren Beratungen der Fraktionen aufzunehmen.

Auf wundersame Weise wurden weitere Flächen für PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden entdeckt. Mehrere Anfragen unsererseits in den vergangenen Jahren, hat die Verwaltung dahingehend beantwortet, dass keine weiteren Möglichkeiten für den Ausbau der Photovoltaik vorhanden sind. Abgesehen davon, dass man damals eine erheblich höhere Rendite hätte erzielen können, als es heute der Fall ist, so fühlt man sich doch zum wiederholten Mal für dumm verkauft.

Die Umrüstung unserer Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel wird bereits lange von uns gefordert. Dass diese Maßnahme jetzt sukzessive in den nächsten Jahren umgesetzt wird, begrüßen wir. Gleichzeitig bitten wir aber die Verwaltung und die HSE darum, die Erfahrungen unserer Nachbarn aus Brilon, hinsichtlich der Beleuchtung durch intelligente solarbetriebene Straßenlaternen im Auge zu haben und bei entsprechenden positiven Erfahrungen zu reagieren.

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und insbesondere die Umrüstung auf LED-Beleuchtung auf privaten Plätzen größerer Unternehmen in unserer Stadt, hat aber auch ihre Schattenseiten. Es ergibt sich vermehrt die Problematik der „Lichtverschmutzung“. Hier muss die Verwaltung rechtzeitig Maßnahmen ergreifen um Mensch und Natur zu schützen. *Ein Antrag zur Beratung und Berichterstattung im zuständigen Fachausschuss wird in Kürze von uns eingereicht.*

Ein weiterer Antrag zum „Bauen mit Holz“ für die Errichtung städtischer Gebäude sowie für An- und Umbauten an städtischen Gebäuden und Einrichtungen wurde ebenfalls von uns gestellt und liegt der Verwaltung vor. Die erste Beratung dazu soll im März dieses Jahres erfolgen.

Die nicht verbrauchten Mittel für Klimaschutzmaßnahmen aus dem Jahr 2021 werden auf unsere Initiative hin, in das Haushaltsjahr 2022 übertragen und somit auf 147 T € aufgestockt. Aber was nutzt all das Geld, wenn erstens der Wille zu Veränderungen und zweitens das Personal zur Umsetzung von Ideen und Projekten des Klimabeirats fehlt?

Die Absage der vorgesehenen Sitzung des Klimabeirats am kommenden Donnerstag, u. a. auf Grund der Dynamik der Corona-Pandemie, war sicher grds. geboten. Ich fordere aber, sobald alle weiteren Sitzungen wieder stattfinden können, zu einer Sondersitzung des Klimabeirats einzuladen, damit bereits vorgeschlagene Maßnahmen und Projekte noch in diesem Jahr umgesetzt werden können.

Die Anschaffung eines ersten e-Fahrzeugs für den Bauhof ist ein wichtiger Schritt, hin zu einer klimaneutralen Stadt. Die Erfahrungen werden zeigen, ob hier in den kommenden Jahren mehr möglich ist.

In Ihrer Haushaltsrede Herr Bürgermeister, führen Sie mal wieder das sog. Konnexitätsprinzip, also: „wer bestellt bezahlt“, insbesondere in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen an.

Aber: Dieses mal passt es nicht. Wir können uns nicht darauf zurückziehen und sagen, dass das Land oder der Bund für diese Aufgaben verantwortlich sind. „Klimaschutz ist ein Grundrecht und die gesamte Gesellschaft, also auch die Kommune, trägt dafür Verantwortung. Maßnahmen für den Klimaschutz, auch wenn sie im Einzelnen aufwändig sind, bedeuten gleichzeitig den Schutz der Freiheitsrechte künftiger Generationen.“ So der eindeutige Tenor der Juristen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Ist uns diese Verpflichtung bei unseren Beschlüssen, die wir hier treffen, auch tatsächlich bewusst? Geschieht dies mit der nötigen Verantwortung? Setzen wir bei unseren Entscheidungen wirklich die, für eine zukunfts-fähige und somit auch für unsere nachfolgenden Generationen lebenswerte Stadt, richtigen Prioritäten?

Würden und werden wir damit dem Urteil des BVerfG gerecht, der jüngeren Generation, eine klimagerechte und nachhaltige Zukunft zu schaffen? Ich weiß nicht wie es bei Ihnen ist, aber ich frage mich das schon des Öfteren, wenn ich von den Sitzungen nach Hause komme.

Unser Antrag auf „Ausrufen des Klimanotstands“ führte zur Bildung des „Klimabeirats“. Reicht das? Die Transparenz hier ist, a. G. der nichtöffentlichen Sitzungen, fast „null“. Die bisher dort auf den Weg gebrachten wenigen Maßnahmen wie etwa „Obst-bäume für unsere Bürger\*innen“ oder auch die „Mitfahrer-app Pendla“ sind gut gemeint, man könnte sie aber auch, wenn man böse wäre, als „greenwashing“ bezeichnen.

Sicher erfolgen auch in unserer Stadt bereits einige Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes. Aber welche sind es und wo kann ich sie finden? Sie sind verstreut über alle Fachbereiche und im Haushalt nicht hinreichend abgebildet. Will man die Handlungsbereitschaft im Bereich Klimaschutz transparent abbilden, dann müssen zukünftig alle Ausgaben hierfür im Haushalt klar ausgewiesen werden. Erst dann zeigt sich, wie ernsthaft unsere Stadt tatsächlich bis heute im Bereich Klimaschutz unterwegs ist.

Seitens des HSK wird ein integriertes Klimaschutzkonzept erarbeitet. Eine Rückmeldung zum Status dieser Maßnahme liegt bisher nicht vor.

Wann die Stelle eines oder einer Klimaschutzmanager\*in ausgeschrieben werden kann, steht nach wie vor in den Sternen. Bis es soweit ist, sollten wir in Vorleistung treten und nicht weitere Zeit vergeuden. Der Klimawandel wartet nicht!

Zu allen Entscheidungen, die in irgendeiner Art und Weise Auswirkungen auf die Klimabilanz der Stadt haben, ist zukünftig die Klimarelevanz „verpflichtend“ darzustellen.

Liebe Anwesende. Kinder sind unsere Zukunft!

Diesem Leitgedanken können wir sicher alle hier zustimmen. Es werden folgerichtig hohe Investitionen in Bildung, Kitas, Spielplätze u. a. getätigt.

Dieser, vielleicht etwas abgedroschene Spruch, verpflichtet uns aber auch gleichzeitig zur Nachhaltigkeit.

Unsere Stadt steht in der Pflicht, ihren Bürger\*innen eine zukunftsfähige, nachhaltige Welt zu schaffen. Dies ist eine Generationenaufgabe und vielleicht die größte Herausforderung dieses Jahrzehnts!

Junge Familien legen heutzutage recht großen Wert darauf in einer, in jeder Hinsicht nachhaltigen Kommune zu leben. Und: Eine nachhaltige Kommune hat auch einen nachhaltigen Haushalt!

*Unser Antrag zu einer Nachhaltigkeitsstrategie wurde soeben beraten. Dass dieser seitens der CDU-Fraktion von unserem Bürgermeister abgelehnt wurde, ist absolut bedauerlich und für mich völlig unverständlich. Hier hätten Sie zeigen können, dass Sie es mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit tatsächlich ernst meinen und Ihre Aussagen zur Kommunalwahl nicht nur leere Worthülsen waren.*

### **Nun noch einige, für uns weitere wesentliche Punkte zum vorliegenden Haushaltsplan:**

---

Zu den Umlagen:

Erfreulich ist, dass die Kreisumlage gegenüber den Planungen um ca. 200 T € geringer ausfällt. Die Entwicklung der Jugendamtsumlage in den kommenden Jahren ist aber schon als beängstigend zu bezeichnen. Die voraussichtlichen Erhöhungen führen dazu, dass die recht hohen Gewerbesteuererinnahmen zu einem großen Teil wieder aufgezehrt werden.

Kreditaufnahmen:

Die geplanten Kreditaufnahmen für Investitionen betragen für das Jahr 2022 = 4,16 Mio €. Für das Jahr 2023 sind 7,0 Mio. € geplant. Dass die gesamte Nettoneuverschuldung, ohne die Tilgungen für das Aqua, von 2022 bis 2025 auf ca. 19,3 Mio. € deutlich ansteigt, ist hauptsächlich dadurch begründet, dass allein für einen Neubau der Grundschule Bigge und für diverse Feuerschutzmaßnahmen Darlehnsaufnahmen von insgesamt 12,55 Mio. € geplant sind. Der notwendige Neubau eines Feuerwehrhauses für den Löschzug Olsberg ist hier noch nicht berücksichtigt. Evtl. Fördermittel für die großen Baumaßnahmen sind ebenfalls noch nicht einberechnet, weil hierüber derzeit noch keine verifizierten Auskünfte gegeben werden können.

Stadt- und Dorferneuerung-Entwicklung/Glasfaserausbau

Für die Stadt- und Dorferneuerungen wurden im Rahmen des Ikek-Prozesses und der weiteren Planungen für Bigge entsprechende Mittel eingeplant. Um eine weitere Abwanderung aus den Dörfern in die Stadt zu vermeiden und zur Sicherung einer „sozialen

Teilhabe“ unserer Bürger\*innen dort, ist der schnelle Anschluss der Ortschaften an das Glasfasernetz zwingend erforderlich. Den weiteren Ausbau der Glasfasertechnologie jedoch fast ausschließlich auf die Gewerbegebiete zu beschränken, das ist schlicht der falsche Ansatz.

Zu einer zukunftsfähigen Stadt gehört: „Glasfaseranschluss für alle“. Diese Technik ist künftig Voraussetzung für z. B. „smart-home-Anwendungen, ärztliche Beratung per Videokonferenz oder auch die Entwicklung einer sog. „smart-city“. Die diversen Fördermöglichkeiten reichen aber offenbar nicht aus. Wir stellen daher den Antrag, umgehend zu prüfen, inwieweit sich unsere Stadt ggf. auch finanziell hier mit einbringen kann und sollte, um die Verfahren zu beschleunigen.

Eine „Digital-Strategie“ für Olsberg ist zwingend zu erarbeiten. Dies wird ebenfalls ohne externe Hilfestellung nicht gehen. *Ein umfangreicher Antrag zur Thematik wird ebenfalls in Kürze nachgereicht.*

Junge Familien möchten sich verständlicherweise, insbesondere hier auf dem Land, ihren Traum vom Eigenheim erfüllen. Die wenigen Bauplätze in Olsberg sind heiß begehrt und der Wunsch nach Ausweisung neuer Baugebiete ist groß. Aber, für uns gilt nach wie vor: „Innen- vor Außenentwicklung“. Der horrende Flächenverbrauch muss gestoppt werden. Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete muss „nachhaltig“ erfolgen. Dies gilt auch für die Suche nach einem neuen Grundstück für das Feuerwehrhaus der Löschgruppe. Auch hier sind vor Versiegelung einer erneut großen Fläche in unserer Stadt, alle weiteren Alternativen gründlich zu prüfen.

Im Jahr 2020 lag der Flächenverbrauch für den Bau neuer Siedlungen und Verkehrsflächen lt. LANUV NRW (Landesamt für Natur Umwelt und Verbraucherschutz) bei 5,7 Hektar täglich. Was ca. acht Fußballplätzen entspricht!

Nur ganz nebenbei bemerkt: Für ein Windkraftwerk benötigt man in etwa genau die gleiche Fläche wie jetzt für den Neubau des Feuerwehrhauses.

Bikepark/Sportstätten/Ehrenamt:

Für den Bikepark gibt es keine Fördermittel. Den Beschluss, die Kosten hierfür jetzt selbst zu übernehmen haben wir gerne unterstützt. Den Nutzer\*innen wünschen wir zukünftig viel Spaß. Die Voraussetzungen für möglichst unfallfreie Fahrten wurden durch diverse ehrenamtliche Trainingsstunden für große und kleine Mountainbikefahrer\*innen geschaffen. Die Erneuerung der Rundlaufbahn im Hochsauerlandstadion ist längst überfällig.

An diesem Punkt, ein ganz großer Dank an **alle** Ehrenamtler und in diesem Jahr ein ganz besonderes Dankeschön an unsere Feuerwehr. Diese Menschen haben im vergangenen Jahr wirklich besonderes geleistet!

#### Bigger Grundschule:

Wie sich die Bigger Grundschule künftig aufstellt und welche baulichen Maßnahmen hierzu nach dem Abriss der Bildungswerkstatt erforderlich sein werden, wird die weitere Diskussion in den kommenden Monaten zeigen. Eine eindeutige Tendenz ist hier noch nicht erkennbar.

Ob letztendlich die für 2022 eingeplanten 300 T € und die für die drei folgenden Jahre jeweils eingeplanten 3 Mio. € hierzu benötigt werden, hängt auch davon ab, welches pädagogische Konzept zukünftig, seitens der Beteiligten präferiert wird.

#### Feuerschutz/Neubau Feuerwehrhaus Löschzug Olsberg:

Nicht zuletzt die diversen Großbrände im vergangenen Jahr haben uns gezeigt, dass grds. jeder in den Feuerschutz investierte Euro sinnvoll angelegt ist.

Der Brand des Feuerwehrhauses im letzten Jahr erfordert, ein neues Gebäude zu errichten. Nach den heutigen Erkenntnissen wäre hier z. B. ein Bau in Holzbauweise möglich. Die neuesten Energiestandards sollten auch hier selbstverständlich werden um neue Maßstäbe zu setzen, die zum Erreichen der Klimaziele dringend notwendig sind.

#### Aqua Olsberg:

Ebenfalls ist leider auch ein Teil des Aqua Olsberg abgebrannt. Der Wiederaufbau bietet die Chance zu einer Weiterentwicklung und auch der Schaffung von mehr Barrierefreiheit. Diese Maßnahmen werden weitere zusätzliche finanzielle Mittel

beanspruchen, sie führen aber sicher auch zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung des Bades.

#### Wirtschaftsförderung/Tourismus:

Wo uns die Strategie zur Wirtschaftsförderung mit der Beratungsgesellschaft Modul3 hinführen wird bleibt abzuwarten und bedarf sicher noch weiterer intensiver Beratungen und Diskussionen im Laufe dieses Jahres.

Die geplante barrierefreie Toilettenanlage im Bereich des Kneipp-Erlebnisparks, trägt sicher zur weiteren Attraktivitätssteigerung unserer Stadt bei.

#### Ausschüttungen Abwasserwerk:

Der zukünftige Umgang mit den Ausschüttungen des Abwasserwerks bei sinkenden Überschüssen, wird sicher noch zu intensiven Diskussionen führen. Wollen wir die Ausschüttung in Höhe von 300 T € in den kommenden Jahren beibehalten, wird dies ohne eine Erhöhung der Abwassergebühren nicht gehen.

#### Energieversorgung der städtischen Gebäude und Einrichtungen:

Ende 2022 läuft die dreijährige Vertragszeit für die Stromversorgung der städtischen Gebäude und Einrichtungen aus. Werden Klimaschutz und Nachhaltigkeit wirklich ernst genommen, dann dürfen der HSK und unsere Stadt die Option auf Verlängerung um ein weiteres Jahr nicht ziehen. Wir müssen zukünftig bei einer Neuausschreibung und entsprechenden Angeboten dem „ökologischsten“ und nicht dem günstigsten Anbieter den Zuschlag erteilen.

#### **Zum Stellenplan ist folgendes anzumerken:**

Die Verwaltung hat bereits jetzt vielfältige Aufgaben zu bearbeiten. In den nächsten Jahren kommen weitere hinzu. Dies erfordert ein Umdenken, hinsichtlich der Sparpolitik beim Personal. Dass Anträge und Projekte, auch wenn diese nicht unbedingt seitens der Verwaltung priorisiert werden, fast ein Jahr bis zu einer ersten Beratung benötigen oder auf Grund Personalmangels erst gar nicht weiter bearbeitet werden, das darf nicht zu einem Dauerzustand werden. Die Möglichkeiten der Personaleinsparungen bei der Stadt

Olsberg sind erschöpft. Die anstehenden Aufgaben wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung kann man aber nicht mal eben so nebenbei erledigen.

Das vorhandene Personal muss durch die Ausschreibung einer zusätzlichen, ggf. zeitanteiligen Stelle entlastet werden. Alternativ wären in den vorhandenen Arbeitsbereichen entsprechende Umstrukturierungen vorzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden uns auch in den kommenden Jahren sicher um die vielen, noch zu beackernden offenen Baustellen streiten und unsere Fraktion wird insbesondere die folgenden Punkte weiter im Fokus haben:

- >> Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaschutzkonzept incl. einer befristeten Stelle für diese Aufgaben.
- >> Änderung und „Entrümpelung“ der Gestaltungssatzung hin zu einer „ökologischen, zukunftsfähigen Bauleitplanung“
- >> natürlich die Zukunft der Grundschule Bigge
- >> so wie die notwendige Digitalisierung

Und es wird nicht einfach werden, bei den knappen Finanzen, die vor uns liegenden Aufgaben zu aller Zufriedenheit zu stemmen. Das ist uns bewusst.

Was ich aber von Ihnen erwarte Herr Bürgermeister das ist, dass Sie den „Kampf gegen den Klimawandel“ und auch die „Notwendigkeit eines nachhaltigen Haushalts“ nicht als Themen unter vielen betrachten, sondern als das, was sie auch für die Kommunen sind: Nämlich die wichtigsten und drängendsten Aufgaben, die sich uns stellen. Diese Erkenntnis ist mittlerweile nicht nur bei den Grünen, in der Wissenschaft, sondern ebenfalls in der Wirtschaft und auch in Ihrer Partei, so wie bei den meisten Menschen auf der Straße angekommen.

Klimapolitik in Olsberg darf nicht nur das gerade machbare sein!  
Klimapolitik muss auch bei uns mehr sein als reine Symbolik!

Unsere Fraktion erwartet dabei Ihre Unterstützung!

Herr Bürgermeister. Ich möchte zum Abschluss heute mal Sie zitieren:

Einer Ihrer oft gefallenen Sprüche lautet: „Mehr geht immer!“

Also: in diesem Sinne:

„Nicht reden. Machen!“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

---

Es gilt das gesprochene Wort

\*) Erklärung zur LAG 21: Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. ist ein unabhängiges Netzwerk von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen und Akteuren in NRW, das durch Bildung, Beratung, Projekte und Kampagnen lokale Nachhaltigkeitsprozesse strategisch unterstützt und praxisorientiert umsetzt. [www.lag21.de](http://www.lag21.de)